

DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Oktober 2015

„Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür“

Montag für Montag senden Tausende Pegidisten mit ihren Aufmärschen die Botschaft in die Welt, dass Fremde in Dresden nicht willkommen seien. Inzwischen ist ein gewaltiger Schaden für den Ruf der gesamten Stadt entstanden, den zu reparieren Jahre dauern wird. Und was ist die Antwort von CDU und FDP auf diese Herausforderung? Einmal mehr ungehemmtes Einkaufen am Sonntag. Dafür wurde sogar ein Antrag im Stadtrat gestellt, auf den der LINKEN-Fraktionsvorsitzende André Schollbach mit der im Folgenden dokumentierten Rede einging.



Foto: TIM Caspary / pixelio.de

**„Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,**

der Stadtrat hat im vergangenen Jahr nach langer und intensiver Diskussion die Entscheidung getroffen, der weitgehenden Kommerzialisierung unserer Gesellschaft eine Grenze zu setzen und der ständigen Aushöhlung der Sonntagsruhe entgegenzuwirken.

Daraufhin wurde von CDU, FDP und einigen Einzelhandelskonzernen ein Bürgerbegehren veranstaltet. Mit teuren Zeitungsanzeigen, aufwendigen Plakatkampagnen und bezahlten Unterschriftensammlern. Ein Riesenaufwand. Und trotzdem sind Sie gescheitert.

Und nun kommen CDU und FDP wieder an und fordern, das Fass nochmal

neu aufzumachen. Dazu kann ich Ihnen gleich sagen, der Deckel bleibt drauf. Denn was hier von Ihnen an Argumenten vorgetragen wurde, überzeugt einfach nicht. Da wird etwa geltend gemacht, die Tourismuswirtschaft leide unter zurückgehenden Gästezahlen. Nun mag das so sein. Aber ich stelle die Frage, ob diese Entwicklung nicht weniger der Reduzierung von Shoppingsonntagen, sondern vielmehr dem Umstand geschuldet ist, dass Montag für Montag Tausende Pegidisten mit ihren Aufmärschen die Botschaft in die Welt senden, dass Fremde in Dresden nicht willkommen seien.

Ich stelle die Frage, ob wir uns nicht eher darüber Gedanken machen sollten, was es bedeutet, dass die Teilnehmer eines Schultheaterfestivals von PEGIDA-Anhängern beschimpft und bedroht werden. Was werden diese Kinder und

Jugendlichen wohl zu Hause über ihre Erlebnisse in Dresden berichten und wie wahrscheinlich ist es, dass sie und ihre Familien unsere Stadt erneut besuchen? Und ich stelle die Frage, ob es nicht potentielle Touristinnen und Touristen mit der Angst zu tun bekommen, wenn sie in den Nachrichten erfah'n, dass in und um Dresden Flüchtlinge angegriffen und deren Unterkünfte angezündet oder demoliert werden?

Nach einer aktuellen Untersuchung sind inzwischen über 70 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass die anhaltenden fremdenfeindlichen Aufmärsche und Krawalle dem Ansehen Sachsens massiv schaden. Nicht wenige Menschen werden abgeschreckt und entscheiden sich gegen einen Besuch in Dresden. Kleingeistigkeit, Egoismus

und mangelnde Mitmenschlichkeit einiger weniger haben einen gewaltigen Schaden für den Ruf der gesamten Stadt verursacht. Den zu reparieren wird Jahre dauern. Und nun kommen CDU und FDP. Und ihre Antwort auf diese Situation ist Sonntagsshopping. In der Tat, Sie stellen die großen Fragen unserer Zeit. Ungehemmtes Einkaufen am Sonntag. Das ist es also, was in diesen Tagen das Denken der besten konservativ-liberalen Köpfe in Dresden beherrscht. Ein Weltbild angesiedelt im Mikrokosmos zwischen Frauenkirche, Eierschecke und Sonntagsshopping. Da leben wir nun also in einer Zeit historischer Veränderungen. Doch was geschieht, wenn es nach CDU und FDP geht?! Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür. Da bleiben keine Fragen offen.“

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

September 2015

DRUCKSACHE #9

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür

SONNTAGSÖFFNUNGSZEITEN

Nachdem sich der Stadtrat im Dezember letzten Jahres nach quälenden Debatten gegen die bisherigen vier stadtweiten verkaufsoffenen Sonntage entschied, forderten CDU und FDP heute: In der Landeshauptstadt Dresden dürfen alle Verkaufsstellen am 6. Dezember 2015 und am 20. Dezember 2015 anlässlich des 581. Dresdner Striezelmarktes von 12 bis 18 Uhr öffnen. Rot-grün-rot bleibt bei seiner Linie und stellt sich auf die Seite der Angestellten im Einzelhandel, denen auch im Advent ein Wochentag für Freizeit und Besinnlichkeit im wahrsten Sinne des Wortes wichtig ist. Der Antrag wurde abgelehnt. André Schollbach in der Debatte: "Sie begründen Ihren Antrag mit dem Rückgang von Touristenzahlen. Meinen Sie nicht, dass das damit zu tun

hat, dass hier Montag für Montag Pegidisten deutlich machen, dass Fremde nicht willkommen sind? Was bedeutet es, wenn Touristen Angst haben, hier herzukommen, dass Schülerinnen und Schüler beschimpft werden? Ihre Antwort auf diese Situation: Sonntagsshopping. Das bewegt den Kosmos der klügsten konservativen und liberalen Köpfe dieser Stadt. Ein Weltbild angesiedelt zwischen Frauenkirche, Eierschecke und Sonntagsshopping. Wir leben in einer Zeit historischer Veränderungen. Doch was passiert, wenn es nach CDU und FDP geht: Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür."

Öffentlich,
weil's wichtig ist!



Die Gründung Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) ist seit 2003 möglich. Es ist die Neuauflage der Poliklinik, die die Lücke zwischen ambulanter Versorgung und der Behandlung in Krankenhäusern schließt. Wer stationär behandelt wird, hat kürzere Wege bei der Überweisung zu Fachärzten. Kommunen können Medizinische Versorgungszentren

in öffentlicher Hand gründen, als Regie- oder Eigenbetrieb. Jens Matthis: "Ein MVZ hat zwei Vorteile: Die Verbesserung der Situation in der ambulanten Versorgung und zugleich die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser. Dass wir heute mit einem rot-grün-roten Antrag die Gründung in öffentlicher Hand angehen, ist ein großer Schritt."



Fragestunde im Stadtrat - André Schollbach: "Der Stadtrat hat im Juli die Einführung des Dresdner Sozialtickets beschlossen. Welche konkreten Schritte wurde bisher unternommen, das Sozialticket zum 1. November einzuführen, und welche Schritte werden noch übernommen." Antwort der Verwaltung: Der Vertrag wurde mit der DVB am gestrigen Tag unterschrieben, eine Vorlage ist in Arbeit. Nach dem Hickhack um die Haushaltssperre und einem rot-grün-roten Antrag zur umgehenden Einführung des Sozialtickets nimmt die Verwaltung jetzt die Beine in die Hand.



Fragestunde im Stadtrat - Anja Apel: "Was wird getan, um die Bildungsberatung der Volkshochschule nach 2015 zu sichern?" Antwort der Verwaltung: Im Sommer 2016 ist klar, ob es für das Projekt Förderung gibt. Bis dahin werden aus den jetzt 4 Stellen 1,5. Damit steht ein gut funktionierendes und nachgefragtes Projekt vor großen Schwierigkeiten.



Zum 1. Oktober legt Kris Kaufmann ihr Stadtratsmandat nieder. Wie Annetrin Klepsch wird sie Teil der Dresdner Bürgermeister(innen)riege. Dafür rücken Rica Gottwald und Prof. Dr. med. Dieter W. Scheuch in den Stadtrat nach.

Zum Verhandlungsergebnis der Sozial- und Erziehungsdienste

Aufwertung? Fehlanzeige!

von Pia Barkow

Lange war es ruhig, um die teils heftigen Tarifeinsetzungen in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Nachdem die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder den Schlichterspruch im August abgelehnt hatte, wurden in den letzten Tagen erneut Verhandlungen mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden geführt.

Das neue Ergebnis sieht nun vor, dass vor allem jüngere ErzieherInnen bzw. BerufseinsteigerInnen besser gestellt werden sollen. So würden diese bei einer 40h-Woche zwischen 93 und 138 Euro mehr pro Monat erhalten. Allerdings arbeiten 49% der ErzieherInnen in (ungewollter) Teilzeit, in den Genuss der kompletten Steigerung kommen also gerade mal die Hälfte der Beschäftigten. SozialarbeiterInnen, die im vorherigen Schlichterspruch so gut wie gar nicht berücksichtigt wurden, sollen nun bei einer Vollzeitstelle zwischen 30 und 80 Euro pro Monat mehr erhalten. Auch hier sind lediglich ca. 60% der Beschäftigten Vollzeit tätig. Wie bereits im Schlichterspruch profitieren vor allem die Kita-Leitungen von den Verhandlungen.

Beim Schlichterspruch im August wurde neben den geringen Lohnsteigerungen insbesondere die lange Lauf-



Foto: Helene Souza / pixelio.de

zeit von 5 Jahren stark kritisiert. Denn, während der Laufzeit herrscht Friedenspflicht, das heißt es dürfen keine neuerlichen Tarifeinsetzungen geführt werden. Damit bedeutete die prozentuale Steigerung über 5 Jahre gestreckt de facto eine Lohnkürzung, wenn man die Inflation rausrechnet. Nun ist wieder eine 5jährige Laufzeit geplant.

Somit ist das Ergebnis sehr enttäuschend, zumal die Kampagne der SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen mit dem Slogan aufgetreten ist, die gesamte Berufs-

gruppe aufzuwerten – nicht zuletzt, da es sich in allen betroffenen Bereichen um klassische Frauenberufe handelt, und vergleichbare männerdominierte Berufsgruppen deutlich besser verdienen und deutlich bessere Bedingungen vorfinden. Der Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist mit diesem Ergebnis nicht nachgekommen worden.

Eine Aufwertung erfolgt mit diesem Ergebnis nicht, nicht einmal eine deutliche Lohnsteigerung. Die Aufwertung sollte durch eine andere Eingruppierung erfolgen, um dem Anspruch gerecht zu wer-

den, der heute insbesondere an ErzieherInnen gestellt wurde: in den letzten Jahren hat sich die Kita zunehmend zu einer Bildungseinrichtung entwickelt, in der die Kinder sehr umfangreich gefördert werden. Damit steigt der Anspruch an das Personal deutlich, was sich jedoch nicht in den Gehaltsklassen widerspiegelt.

Auch im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik werden immer höhere Ansprüche an das Personal gestellt. Innerhalb der Gesellschaft erfahren diese Berufsgruppen mittlerweile zunehmende Anerkennung, dass die Sozialarbeit und -pädagogik eine extrem wichtige Aufgabe innerhalb der Gemeinschaft darstellt, ist mittlerweile unstrittig. Doch auch hier spiegeln sich diese warmen Worte nicht im Gehaltszettel oder den Arbeitsbedingungen wider.

Damit wurde das Ziel der Aufwertung dieser Berufsgruppen, einer deutlichen Lohnsteigerung entsprechend der deutlich gestiegenen Anforderungen sowie eine Verbesserung der Bedingungen mit dem neuerlichen Verhandlungsergebnis verfehlt.

Bis zum 31. Oktober haben nun die Gewerkschaftsmitglieder Zeit, um über das Ergebnis zu befinden.



Ab 01. November wird das Sozialticket in Dresden eingeführt

Links wirkt! Dresden bekommt das Sozialticket! Lange haben wir es gefordert, gemeinsam mit den Kooperationspartnern der rot-grün-rot-orangen Stadtratsmehrheit haben wir es beschlossen.

Nun sind die letzten Hürden aus dem Weg geräumt und ab 1. November gibt es das Ticket für Menschen mit geringem Einkommen. Natürlich ist das nur ein Schritt: Langfristig wollen wir einen fahrscheinlosen ÖPNV. Und das für ganz Sachsen! (td)

Auf die Abo-Monatskarte gibt es 50 Prozent Ermäßigung (Normalpreis zurzeit 49 Euro, Ermäßigung für Nutzer*innen

24,50 Euro) und auf die Bar-Monatskarte 25 Prozent Ermäßigung (zurzeit 58 Euro, ermäßigt 43,50 Euro). Für das temporäre Nutzen des ÖPNV gibt es bei der 4er Karte, die zurzeit 8 Euro kostet, die Ermäßigung laut Tarif auf 6 Euro.

Das Sozialticket können Inhaber des Dresden-Passes nutzen. Der Dresden-Pass ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen den ermäßigten Besuch kultureller Einrichtungen und die Teilhabe kommunaler Dienstleistungen sowie Ermäßigungen bei den Dresdner Verkehrsbetrieben.

STECKBRIEF

Unsere neuen StadträtInnen

Prof. Dr. Dieter Scheuch



Obermedizinalrat, Arzt und Hochschuldozent

Stadtrat im Wahlkreis 4 Loschwitz

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Mitglied im Beirat für Gesunde Städte

Kontakt: Dieter.Scheuch@dielinke-dresden.de

Rica Gottwald



Lehrerin für Mathematik, Geografie und Biologie

Stadträtin im Wahlkreis 1 - Altstadt

Mitglied im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und im Bildungsausschuss

Kontakt: Rica.Gottwald@dielinke-dresden.de

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Es gibt Fangfragen, die darf man weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Der Klassiker: „Verprügeln Sie eigentlich JEDEN Tag Ihre Kinder?“ Selbst ein Nein würde einen zum Bösewicht machen.

Aber es geht auch politischer: So stand im letzten Finanzausschuss eine Vorlage an, mit der in drei schlechten Sätzen, die Stadtverwaltung ermächtigt werden sollte, alle in Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung notwendigen Ausgaben zu tätigen, insbesondere auch die notwendigen Mietverträge abzuschließen. Ein ganz unspektakulärer Vorgang, der letztlich auch ohne Gegenstimme beschlossen wurde.

Spektakel gab es nur, weil die CDU plötzlich noch einen vierten Satz beschließen wollte: „Im Interesse der Kinder kommen Kindergärten, Schulen und Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte nicht in Frage.“

Nun war bisher in der Stadtverwaltung noch niemanden, wirklich niemanden eingefallen, einen Kindergarten oder eine Schule zu schließen, um darin Flüchtlinge unterzubringen. Und selbst bei Sporthallen wurde bisher in Dresden nur auf solche zurückgegriffen, in denen kein Schulsport stattfindet.

Mit dem eigentlichen Sinn der Vorlage hatte der Ergänzungsantrag also nur sehr wenig zu tun. Aber dafür war er umso besser geeignet, Hysterie zu schüren und in schäbiger Weise Kriegsflüchtlinge gegen Kinder auszuspielen.

Mit derselben Logik hätte man auch beschließen können, keine Häuser auf Straßenkreuzungen und Elbbrücken zu errichten oder die Semperoper nicht abzureißen. Wie wären Dresdens Autofahrer und Musikliebhaber darüber erleichtert gewesen.

Natürlich war die CDU schwer empört, dass Rot-Rot-Grün diesen Unsinn ablehnte. Es war fast so, als würden Kinder verprügelt.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

...eine Polizeischule untergebracht.

Das Festspielhaus Hellerau von 1939 bis 1945

von Tilo Wirtz

„Ab 1939 war im Festspielhaus eine Polizeischule untergebracht.“ – mehr als diese lapidare Information gibt die online-Enzyklopädie Wikipedia zum Festspielhaus Hellerau nicht her. „Eine“ ist ein unbestimmter Artikel, und „Polizeischule“ klingt für Unbedarfte hübsch harmlos. Denn was kann schlimm daran sein, dass Polizisten ausgebildet werden.

Im Jahre 1939 sind dies alarmierende Informationen. Zumal die „Polizeischule“ konkret unter „Polizei-Waffen-Schule I Dresden-Hellerau“ oder „Infanterieschule der Polizei Dresden-Hellerau“ oder „Polizei-Unterführer-Lehrbataillon Dresden-Hellerau“ firmierte. Wie konnte das Festspielhaus in eine Polizeischule verwandelt werden?

Das sozialreformerische Projekt der Gartenstadt Hellerau stand unter keinem guten Stern. Der 1. Weltkrieg, die Inflation, die Wirtschaftskrise und die Machtübernahme der Nazis führten dazu, dass der letzte Leiter des Festspielhauses, Harald Dohrn, die Immobilie 1938 an den Staat verkaufen musste.

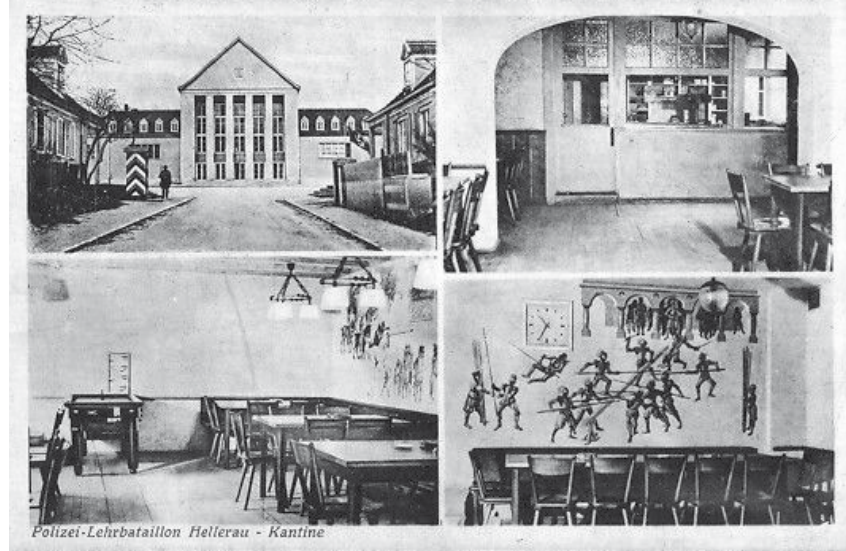
Vom offenen Campus zum geschlossenen Kasernenhof

Der NS-Staat nutzt den Gebäudekomplex als die besagte Polizeischule und nahm dazu bauliche Veränderungen vor. Dabei wurde der architektonische Gedanke des Festspielhauses als kultureller Mittelpunkt einer Siedlung konterkariert, indem durch die 1939 hinzugefügten Kasernenflügel rechts und links vom Festspielhaus durchgehende Wegebeziehungen gekappt wurden und ein Kasernenhof entstand. Dies ist schon schlimm genug.

Mehr noch muss aber beunruhigen, wer und was kurz vor und während des 2. Weltkrieges hier ausgebildet wurde. Bereits 1936 waren SS und die Polizei im NS-Staat „gleichgeschaltet“ und faktisch organisatorisch vereint worden. Damit lag der Macht- und Unterdrückungsapparat mit SS, Sicherheitsdienst, Gestapo, Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei und Kriminalpolizei in einer Hand. Kein geringerer als Heinrich Himmler, seit 1936 „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ war 1939 so „Bauherr“ bei den Veränderungen um das Festspielhaus.

Polizeibataillone – aktiv am Holocaust beteiligt

Doch wozu erhalten Polizisten auf einer Polizeischule eine Infanterieausbildung? Dies Frage führt zu einem der dunkelsten Kapitel des deutschen Faschismus. Nach Beginn des Krieges im September 1939 hatten die aus älteren Polizeibeamten gebildeten sogenannten Polizeibataillone die Aufgabe, das Hinterland hinter den Frontlinien der Wehrmacht zu sichern. Neben der SS waren die Polizeibataillone diejenigen, die wahllos und systematisch Massaker an Juden begingen, im Zuge der den Polizeibataillonen übertragenen „Bandenbekämpfung“ Zivilisten umbrachten und Geiseln erschossen, die



Postkarte 1944 - M. Graupner, Hellerau Polizei- Lehrbataillon Hellerau

Ghettos räumten, Deportationen in Konzentrationslager vornahmen und viele bekannte Kriegsberbrecher begingen.

Insgesamt werden Polizeibataillone für zwei Millionen Morde verantwortlich gemacht. Es ist möglich, dass ein Teil der Täter in Dresden-Hellerau ausgebildet wurde. Denn Dresden-Hellerau war für viele Polizeibataillone der sogenannte Ersatz-Truppenteil, von wo neues Personal bezogen oder wohin vorhandenes zu Lehrgängen geschickt wurde.

Zur Verantwortung gezogen wurde von den Polizeibataillonen so gut wie niemand. Himmlers Verantwortlicher für die Polizei, Kurt Daluge, wurde 1946 in Prag hingerichtet. Eine strafrechtliche Aufarbeitung in den sechziger Jahren versandete, da sich die Angeklagten auf den „Befehlsnotstand“ beriefen und die Ermittlungen verschleppt und behindert wurden. Denn viele Beteiligte konnten nach dem Krieg ihre berufliche Laufbahn im Polizeidienst fortsetzen. Damit ermittelte die Polizei teilweise gegen die Polizei selbst, wobei angesichts einer ebenfalls desinteressierten Justiz Belastendes unter den Teppich gekehrt wurde.

Aufarbeitung der Geschichte

Erst in den neunziger Jahren gelang zumindest die historische Aufarbeitung. Fallstudien wie Christopher Brownings Buch „Ganz normale Männer: Das Reserve-Polizei-Bataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen“ oder die Bücher von Wolfgang Curilla über die Ordnungspolizei in Polen und Russland haben zur Aufklärung der Verantwortung der Polizeieinheiten beigetragen. Stefan Klemp hat über die Polizeibataillone hinaus in seinem Buch „Nicht ermittelt – Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz“ den Bogen zur letztlich gescheiterten juristischen Aufarbeitung gespannt. Das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Münster fördern und betreiben in der Villa ten Hompel einen Geschichts- und Erinnerungsort, der in einer Fabrikantenvilla, die im 3. Reich Sitz eines Kommandos der Ordnungspolizei war, neben Beratung gegen Rechts-Extremismus und Demokratieförderung

auch die Aufarbeitung der Rolle der Ordnungspolizei beim Holocaust leistet.

In Dresden-Hellerau soll mit Hilfe von Landesmitteln der Denkmalpflege der verfallene östliche Kasernenflügel rekonstruiert und einer künstlerischen Nutzung zugeführt werden. Bau- und Baunebenkosten belaufen sich dabei auf ca. 10 Millionen Euro. Eine architekturhistorische Bewertung erfolgte bisher nicht. Eine Aufarbeitung des Standortes als Ausbildungsstelle für Angehörig der Polizeibataillone Heinrich Himmlers steht aus und ist derzeit nicht geplant. Eine systematische wissenschaftliche Aufarbeitung des Ortes ist aber unbedingt notwendig.

Harald Dohrn, der letzte unglückliche Leiter des Festspielhauses vor dem Verkauf 1938 überlebte den Krieg nicht. Nach dem gescheiterten Versuch, im Rahmen der Freiheitsaktion Bayern eine gewaltlose Kapitulation zu erreichen, wurde er von Sondereinheiten der SS in der Nähe von München im Perla-Forst am 29. April 1945 erschossen.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Pia Barkow, Cornelia Eichner, Tilo Wirtz, Thomas Feske, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 28.10.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog